

Fünf Jahre Koch und Hahn bedeuten wirtschaftlichen Stillstand, sozialen

Rückschritt und ökologische Unvernunft (2009)

1. DER POLITISCHE GEGNER STEHT RECHTS!

Die hessische SPD hat sich in den Wochen nach der deutlich verlorenen Landtagswahl notgedrungen mit sich selbst und einer personellen Neuaufstellung befasst. Mit dem Landesparteitag am 28. Februar hat ein neuer Landesvorstand die Arbeit aufgenommen. Jetzt gilt es die Energie auf den politischen Gegner in der Staatskanzlei zu richten: Die Jagd auf Koch und Hahn ist eröffnet! Roland Koch wurde 2008 zwar nicht vom Parlament, aber von den hessischen Wählerinnen und Wählern abgewählt. Nichts desto trotz setzt Koch jetzt wieder mit der FDP unter Jörg-Uwe Hahn unbeirrt die konservative Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts fort: Mit CDU und FDP geht es in allen Feldern weiter wie bisher.

2. AUSBILDUNG, SCHULE UND HOCHSCHULE

Die neue Landesregierung begnügt sich im Themengebiet Ausbildung mit der Ablehnung einer solidarischen Ausbildungsplatzumlage. Die Berufung auf den vermeintlich erfolgreichen Ausbildungsakt geht leer: Das zeigt das Fehlen tausender Ausbildungsplätze. Insbesondere der „Altbewerberproblematik“ – Jugendliche, die in den vergangenen Jahren keinen Ausbildungsplatz gefunden haben – widmet sich die Koalition überhaupt nicht. Auch an hessischen Schulen herrscht weiter Stillstand: Am leistungsschwachen und sozial ungerechten dreigliedrigen Schulwesen wird weiter festgehalten. Zu viele Jugendliche werden so ohne Schulabschluss oder mit einem Abschluss ohne berufliche Perspektive aus der Schule in die Arbeits- und Perspektivlosigkeit entlassen. Koch und Hahn betreiben reine Klientelpolitik. Ob die CDU/FDP-Landesregierung ihr Wahlversprechen an der Abschaffung von Studiengebühren durch SPD, Grüne und Linkspartei festzuhalten einhält, werden wir genau beobachten.

3. INNENPOLITIK

Die innenpolitischen Vorhaben der Koalitionspartner unter Federführung des ewigen CDU-Kronprinzen Volker Bouffier erinnern eher an Orwell'sche Schreckensvisionen als sachgerechte Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. Die Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen soll weiter ausgebaut werden. Gleiches gilt beim freiwilligen Polizeidienst: Weiter so mit unqualifizierten Aushilfs-Sheriffs! Darüber hinaus wollen CDU und FDP die akustische und visuelle Wohnraumüberwachung stärken – also Big Brother in hessischen Wohnzimmern! Zudem soll die schon einmal von den Gerichten gestoppte willkürliche Rasterfahndung in neuem Gewand wieder aufgelegt werden. Schließlich prüfen die Koalitionsparteien auch die Privatisierung weiterer Strafanstalten.

Wir Jusos lehnen diese rigiden Freiheitseinschränkungen ab. Statt Bürgerinnen und Bürger mit technischem Gerät auszuspähen und nicht ausgebildete Sheriffs auf die Straße zu schicken, fordern wir zusätzliche Stellen für Polizisten. Allein 150 zusätzliche Anwärter/innen einzustellen ist bei weitem nicht ausreichend. Wir kritisieren die Privatisierung staatlicher Kernaufgaben wie des Strafvollzugs. Die Ausübung hoheitlicher Gewalt darf nicht an gewinnorientierte Unternehmen abgegeben werden.

4. ATOMPOLITIK

Neben den gesellschaftspolitischen Fortschritten war eine der großen Errungenschaften der rot-grünen Bundesregierung die vertragliche Festlegung der Atomlobby auf den Atomausstieg. Atomkraft ist ein Sicherheitsrisiko und belastet zukünftige Generationen mit radioaktivem Müll. Der Ausstieg aus der Kernenergie sollte in Hessen mit den alten Meilern Biblis A und B beginnen. Schon die Betreiber versuchen derzeit mit fingierten Reparaturzeiten ihre vertragliche Verpflichtung zu umgehen. Und natürlich springt ihr die politische Atom-Lobby in der Wiesbadener Staatskanzlei zur Seite: Auch CDU und FDP wollen die vertragliche Verpflichtung zum Atomausstieg aufheben und die Kernreaktoren weiter laufen lassen. Wir Jusos werden das Festhalten am Atomausstieg in Hessen gemeinsam mit politischen Bündnispartnern ganz oben auf die politische Agenda setzen. Deshalb prüfen wir die Möglichkeit eines Volksbegehrens zur fristgerechten Durchsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie.

5. STIEFKIND SOZIALPOLITIK

Sozialpolitik findet unter der CDU/FDP-Landesregierung faktisch nicht statt. Das durch die „Operation Düstere Zukunft“ zerstörte soziale Netz in Hessen wird nicht wieder neu geknüpft. Aussagen zu einer Landessozialpolitik gibt es im Koalitionsvertrag nicht: Die Themen Erziehungsberatung, Schuldnerberatung und Frauenhäuser kommen im Koalitionsvertrag gar nicht vor.

Der Schutz von Arbeitnehmer/innen, also die Themen Mindestlohn, Kündigungsschutz, Regulierung der Leiharbeit, Bekämpfung des Lohndumpings und Durchsetzung der Tariftreue sind CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag keine Erwähnung wert.

6. DÜSTERE AUSSICHTEN FÜR KOMMUNEN

Die Kommunen werden von der Landesregierung wieder vor den Kopf gestoßen: So werden zwar die Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes mit großem Getöse über das Land verteilt – am von der hessischen Landesregierung verschuldeten Haushaltsdefizit sollen aber Kommunen bald stärker beteiligt werden. So werden Städte und Gemeinden angesichts ihrer meistens jetzt schon angespannten Haushaltslage von der Landesregierung zusätzlich geschröpft. Wir fordern die hessische Landesregierung auf, das kommunale Investitionsprogramm für die Städte und Gemeinden in Hessen auch für finanzschwache Kommunen auszuweiten und zu ergänzen. Gerade finanzschwache Kommunen, die oftmals gerade Investitionen in Infrastrukturmittel und –Projekte benötigen, können aufgrund ihrer nicht mehr vorhandenen Mittel, überhaupt nicht mehr dieses Investitionsprogramm in Anspruch nehmen, da sie den Eigenanteil nicht mehr erbringen können. Sie sollen von dem Eigenanteil befreit werden.

7. LÄCHERLICHE FINANZPOLITIK

Die angestrebte Finanzpolitik der Regierungskoalition ist widersprüchlich: Einerseits soll eine Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen werden, andererseits sollen 4 Milliarden zusätzliche Schulden gemacht werden. Tatsächlich ist damit zu rechnen, dass CDU und FDP Symbolbeschlüsse treffen, zudem das restliche „Tafelsilber des Landes“ verscherbeln und ansonsten die Rekordverschuldung unter Koch und Hahn weiter steigern.

8. OPERATION DÜSTERE ZUKUNFT – TEIL 2?

Wie schon in der Legislaturperiode 2003 – 2008 mit der „Operation Düstere Zukunft“ ist mit den größten sozialen Einschnitten gerade zu Beginn der Wahlperiode zu rechnen. Landesbedienstete und Arbeitnehmer/innen müssen fürchten, wieder Opfer blinder und rigoroser Sparpolitik zu werden. Schon

jetzt bleibt es für die Landesbediensteten bei der 42-Stunden-Woche und dem Sonderweg der hessischen Landesregierung in der Tarifpolitik. Darüber hinaus kündigen CDU und FDP ganz offen schon jetzt in ihrem Koalitionsvertrag an, dass zwar – wie von der SPD schon lange gefordert - neue Lehrerstellen geschaffen werden sollen, sich die Anzahl der gesamten Landesbediensteten nicht erhöhen soll. Das kann nur durch Entlassungen funktionieren. Wir Jusos stehen genauso wie die hessische Sozialdemokratie an der Seite aller Beschäftigten: Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, nicht nur in Zeiten wie diesen!